Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2396**
15. Wahlperiode 28. 01. 2004

Antrag

der Abgeordneten Karin Kortmann, Ulrich Kelber, Detlef Dzembritzki, Siegmund Ehrmann, Gabriele Groneberg, Anke Hartnagel, Reinhold Hemker, Klaus Werner Jonas, Lothar Mark, Dr. Sascha Raabe, Walter Riester, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Franz Müntefering und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Thilo Hoppe, Hans-Christian Ströbele, Volker Beck (Köln), Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Das Center for International Cooperation (CIC) stärken und weiter ausbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die „Center for International Cooperation" Bonn GmbH (CIC) wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 30. April 2002 gegründet. Die GmbH entstand aus der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn zum 1. Juli 1998 eingerichteten Arbeitsgemeinschaft „Zentrum für Internationale Zusammenarbeit".

Die Gesellschaft besteht aus den Organen Alleingesellschafterin Stadt Bonn, einem hochrangig besetzten Kuratorium einschließlich Präsidium und einer Geschäftsführung. Das BMZ, die Staatskanzlei NRW und die Stadt Bonn tragen die laufenden Kosten zunächst bis Ende 2004 zu gleichen Teilen. Der Gesellschaftszweck der GmbH wurde 2002 gemeinsam durch das Kuratorium und die Zuwendungsgeber präzisiert: Das CIC erhält im gemeinsamen Interesse von Bund, Land und Stadt Bonn den Auftrag, die in der Region Bonn ansässigen internationalen Akteure mit dem Ziel zu vernetzen, das Profil Bonns als Zentrum für internationale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür soll das CIC Themen der internationalen Akteure aufgreifen und die Rolle des Dienstleisters übernehmen. Durch die Bündelung der internationalen Aktivitäten kann das CIC Akzente setzen, so dass insbesondere in den Bereichen Umwelt und Entwicklung sowie Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien wichtige Mehrwerte bei der Behandlung der jeweiligen Themen und für den internationalen Standort Bonn entstehen können. Veranstaltungsreihen und Interdisziplinarität geben den Themen mehr Gewicht und mehr öffentliche Aufmerksamkeit.

Seit Aufnahme seiner Tätigkeit im Mai 2002 hat das CIC u. a.:

- die Durchführung von drei VN-Konferenzen im Auftrag und aus Sondermitteln des Bundesministeriums für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) unterstützt und sich an einer Reihe von weiteren Projekten

wie einer vergleichenden Wohngesundheitsstudie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beteiligt sowie das Weltbankforum/IKT-Forum unterstützt,

- einen Jahreskalender mit internationalen Terminen aus der Region Bonn entwickelt, der die bereits festgelegten bzw. geplanten wichtigen internationalen Veranstaltungen bis zum Ende des Jahres 2004 in der Region zusammenfasst und damit eine Informations- und Kommunikationsplattform internationaler Akteure unterstützt,
- internationale Organisationen unterstützt, globale Berichte zu international relevanten Themen der Öffentlichkeit in Deutschland vorzustellen, wie z. B. der Weltgesundheitsbericht der WHO oder der Human Development Report von UNDP. Als Gesprächspartner standen Spitzenvertreter der herausgebenden internationalen Organisationen sowie hochrangige Persönlichkeiten aus der deutschen Politik zur Verfügung.

Dies ist für die Zukunftsentwicklung nicht ausreichend. Deshalb sollen zukünftig Projekte und Veranstaltungen der am Standort Bonn tätigen Akteure auch zu regionalen Schwerpunkten gebündelt werden. Im Blickpunkt der Reihe „Regionen im Dialog" steht für den Zeitraum von Juni 2003 bis Februar 2004 Zentralasien im Mittelpunkt. Neben der Stadt Bonn, die durch die Projektpartnerschaft mit Buchara in Usbekistan intensive Kontakte mit der Region unterhält, arbeiten in Bonn mehr als 20 Institutionen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung, Entwicklungszusammenarbeit, Kultur und Medien eng mit Zentralasien zusammen.

Die für Juni 2004 geplante internationale Konferenz zu erneuerbaren Energien soll genutzt werden, um im Vorfeld und im Nachgang das Thema in der Region zu platzieren. Unterschiedliche Veranstaltungen zu den verschiedensten Themenbereichen der erneuerbaren Energien werden zu einem Gesamtprogramm verknüpft. Ausgehend von den in der Region tätigen Akteuren – internationale und VN-Organisationen, Umwelt- und entwicklungspolitische Institutionen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – sind Vorkonferenzen und Workshops mit internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, aber auch Seminare und Exkursionen vorgesehen, die eine breite Öffentlichkeit ansprechen. Die internationale Konferenz zu erneuerbaren Energien, die in der Verantwortung der Bundesregierung durchgeführt wird, ist der thematische Höhepunkt.

II. Der Deutsche Bundestag

- bekräftigt seine Auffassung, dass der weitere Ausbau des Zentrums für internationale Zusammenarbeit in der Region Bonn eine Aufgabe in gesamtstaatlicher Verantwortung ist. Der Deutsche Bundestag wird auch künftig diese Aufgabe begleitend unterstützen,
- unterstreicht die Bedeutung der Region Bonn als einen Standort für die internationale Zusammenarbeit und für den internationalen Dialog insbesondere zu Themen der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Damit wird der föderalen Verfassung Deutschlands entsprochen. Die Aufgaben und die Rolle der Bundeshauptstadt als Sitz des Deutschen Bundestages und als vorrangiger Sitz der Bundesregierung werden sinnvoll ergänzt und der Strukturwandel der ehemaligen Bundeshauptstadt wird unterstützt,
- begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung vom 25. Mai 2003, das ehemalige Parlamentsviertel in Bonn als VN-Campus umzugestalten und den VN die Nutzung des alten und des neuen Abgeordnetenhochhauses zu diesem Zweck anzubieten. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat dieses Angebot am 18. August 2003 angenommen. Mit dem weiteren Ausbau Bonns als VN-Stadt einschließlich der Ansiedlung von weiteren internationalen Einrichtungen wird Deutschland seiner gewachsenen außenpolitischen Bedeutung und internationalen Verantwortung gerecht,

- begrüßt die von der Bundesregierung, der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn getragene Gründung und Einrichtung des CIC als Koordinierungs- und Dienstleistungsstelle mit der Aufgabe der „Förderung internationaler Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Umwelt und Entwicklung sowie Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien mit dem Ziel, die Bundesstadt Bonn zu einem internationalen Standtort für die auf diesen Gebieten tätigen nationalen und internationalen Einrichtungen auszubauen". Dies entspricht der Forderung des Deutschen Bundestages vom 18. Juni 1998 (Bundestagsdrucksache 13/10018),
- nimmt den von Bund, Land und Stadt vorgegebenen und vom Kuratorium bestätigten Arbeitsauftrag für die CIC Bonn GmbH – Vernetzung der international tätigen Akteure in der Region Bonn, Serviceleistungen, interdisziplinäre Bündelung von Themen zu Veranstaltungsprojekten sowie Einrichtung und Betrieb von Informations- und Kommunikationsplattformen – zustimmend zur Kenntnis.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- gemeinsam mit der Stadt Bonn und dem Land Nordrhein-Westfalen sicherzustellen, dass die Arbeit des CIC in geeigneter Weise über das Jahr 2004 hinaus fortgesetzt werden kann. In diesem Zusammenhang ist dem Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Konzept vorzulegen, das darstellt, wie die Verzahnung der Arbeitsschwerpunkte Umwelt und Entwicklung vorangetrieben werden soll, und das die inhaltliche Schwerpunktsetzung des CIC in diesem Arbeitsbereich detaillierter verdeutlicht. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Bedeutung der Arbeit des CIC für den geplanten Ausbau des Internationalen Kongreßzentrums Bundeshaus Bonn (IKBB) und für die Entwicklung des VN-Campus als Kernbausteine für das Zentrum für internationale Zusammenarbeit Bonn,
- den Petersberg verstärkt als Ort für internationale Konferenzen und Foren zur Verfügung zu stellen und die Möglichkeit zu prüfen, ob Bonn damit ein geeigneter Ort für die Behandlung von Fragen der nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung (Weltentwicklungsforum) ähnlich wie Davos (Weltwirtschaftsforum) oder Porto Alegre (Weltsozialforum) werden kann,
- sich auch weiterhin um die weitere Ansiedlung von UN- und international tätigen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen in Bonn zu bemühen.

Berlin, den 28. Januar 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333